

## Tagungsbericht Regionalforum Berlin

**31.08.2022, Livestream und Präsenzveranstaltung aus der Neuen Synagogen**

*Das Regionalforum Berlin konnte, unter Einhaltung der geltenden Maßnahmen zur Eindämmung der SARS-CoV-2-Pandemie, erstmals wieder in Präsenz stattfinden, wurde zusätzlich im Livestream auf Youtube übertragen und ist nach wie vor dort abrufbar. Das diesjährige Regionalforum, welches in der Neuen Synagoge zu Berlin ausgetragen wurde, trug den Titel: „Eine besondere Einwanderungsgeschichte – Migration und Integration jüdischer Einwander:innen in Deutschland nach 1990“. Moderiert von Shelly Kupferberg, Journalistin und Autorin, diskutierten die Podiumsgäste in drei Runden die verschiedenen Aspekte der durchaus besonderen jüdischen Einwanderungsgeschichte.*

„Bei jeder Zuwanderung gibt es natürlich große Hoffnung und wo es große Hoffnung gibt, gibt es auch große Enttäuschungen. Was bei dieser Zuwanderung am Stärksten auffällt ist eine gewisse Ungleichbehandlung.“ Mit diesen Worten gab **Dr. Gideon Joffe**, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, den Auftakt der Veranstaltung und begrüßte die Gäste im Veranstaltungssaal der Neuen Synagoge. Zusammen mit **Abraham Lehrer**, Präsident der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. und Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, machte er deutlich warum es so wichtig sei über genau dieses Thema zu diskutieren und ein Bewusstsein für die Probleme zu schaffen, die mit dieser Ein-/ Zuwanderung einhergehen.

Die **erste Podiumsrunde** befasste sich mit der **Geschichte und Gegenwart jüdischer Zugewanderter in Deutschland seit 1990**. Zu den Gästen auf dem Podium zählten **Dr. Dimitrij Belkin**, Historiker, Zentralrat der Juden in Deutschland, **Olga Grjasnowa**, Schriftstellerin und **Sigmount Königsberg**, Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Die Podiumsrunde begann mit einer Lesung von *Olga Grjasnowa*, in der Sie einen kurzen Auszug aus Ihrem Buch „*Der Russe ist einer, der Birken liebt*“ präsentierte.

Das Podium wurde eingeleitet mit der Frage nach den persönlichen Wahrnehmungen, Erinnerungen und Emotionen der Gesprächsteilnehmenden, die Sie während der Zuwanderung individuell erfahren haben. „Es war immer irgendetwas zwischen großer Sorge, großer Angst und einer leicht verhaltenen Euphorie“, beschrieb *Olga Grjasnowa* dieses Gefühl. Auch *Dimitrji Belkin* charakterisierte die Einwanderung von sich und seiner Familie nach Deutschland als eher gemischtes Erlebnis. *Sigmount Königsberg* beleuchtete die Ereignisse aus einer anderen Perspektive, die der Jüdischen Gemeinden in Deutschland.

Dabei kristallisierte sich heraus, dass die Frage nach der Religion für viele zugewanderte Jüdinnen und Juden, aber auch für die Gemeinden vor Ort erst einmal zweitrangig war. Es ging darum, bei vielerorts bestehender Sprachbarriere, grundlegende Mittel wie Nahrung, Kleidung und Unterkünfte zu garantieren, so *Königsberg*. Er führte weiter aus, dass viele kleine Gemeinden schlichtweg mit der Situation überfordert waren.

Rein zahlenmäßig waren die über 200.000 zugewanderten Jüdinnen und Juden, oftmals auch ein Rettungsanker für die vielerorts vom Aussterben bedrohten jüdischen Gemeinden. Sie brachten laut *Königsberg* vor allem einen neuen kulturellen jüdischen Aspekt in das bereits bestehende Gemeindeleben. Trotz quantitativer und kultureller Bereicherung war die Anerkennung der sogenannten Kontingentflüchtlinge als Jüdin oder Jude in den jüdischen Gemeinden oftmals stark umstritten. Dieses Problem identifizierte auch *Belkin*, der den Einwanderungsprozess auch aus der Sicht eines Historikers begleitet(e).

Die in Deutschland bereits bestehenden Gemeinden waren und sind nach wie vor fast ausschließlich konservativ. D.h. die Regeln und Gesetze, die in der Halacha (rechtlicher Teil der Überlieferung des Judentums) festgehalten wurden, sind für Sie verbindlich und unveränderlich. Laut der Halacha wird die Zugehörigkeit zum Judentum auf natürlichem Wege (bei Geburt) durch die Mutter weitergegeben. Ein Großteil von den aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland immigrierten Jüdinnen und Juden sind aber sogenannte Vaterjuden. Bei Ihnen wurde die Zugehörigkeit zum Judentum über den Vater weitergegeben. Dies stellt offensichtlich einen Widerspruch zur Halacha dar und bot dementsprechend viel Raum für Konflikte. Dies war neben der Erstversorgung der Zugewanderten eine weitere große (Problem-) Frage jener Zeit. Die Frage über die verschiedenen Auslegungen der Zugehörigkeit zum Judentum ist jedoch keinesfalls ein Zeugnis vergangener Zeiten, sondern nimmt auch heute noch einen großen Raum in innerjüdischen Debatten ein.

Ähnlich präsent und aktuell wie die Frage nach der Zugehörigkeit war der letzte Themenabschnitt, der von den drei Podiumsgästen kurz angesprochen wurde. Er handelte von der Demütigung, die viele Jüdinnen und Juden durch die Nicht-Anerkennung von Abschlüssen, sowie bereits in der Sowjetunion erbrachter Sozialleistungen, erfuhren. Bezeichnend war vor allem der soziale Abstieg der Zugewanderten in den 90er Jahren, bedauerte *Belkin*: „Die Deutsche Gesellschaft war in den 90er Jahren leider noch nicht bereit sich dem zu öffnen [...] und sie ist bis heute nicht wirklich bereit sich dem zu öffnen, denn die osteuropäische Herkunft ist auch etwas, dass kein Pluspunkt ist [...]“. Die regelrechte Verarmung der ersten Generation jüdischer Zugewanderter sei nach wie vor ein Problem welches gesellschaftlich zu wenig beachtet werde, bestätigte *Grjasnowa*.

Gestärkt aus der Mittagspause konnte der **zweite** große **Themenschwerpunkt** des Tages beginnen. Unter dem Titel: „**Ein Armutszeugnis? Über die politisch-administrativen Herausforderungen für Wohlfahrtspflege und Zugewanderte**“ diskutierten **Aron Schuster**, Direktor der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. (ZWST), **Alina Fejgin**, Leiterin des Sozialreferats der Jüdischen Gemeinde Hannover und **Dr. Rolf Schmachtenberg**, Staatssekretär im Bundesministerium der Juden in Deutschland e. V.

Eingeleitet wurde diese Podiumsdiskussion durch einen Impulsvortrag von *Aron Schuster*. Er mahnte, dass sich viele jüdische Menschen in Deutschland einer Mehrfachdiskriminierung, aufgrund ihrer Religion, ihres Migrationshintergrundes und ihrer sozialen Lage gegenübersehen. 93% der jüdischen Zugewanderten im Rentenalter beziehen Grundsicherung, so *Schuster*. Dagegen sind lediglich 2,4% der Deutschen Rentnerinnen und Rentner auf Grundsicherung angewiesen. *Schuster* verwies dabei auf die Bemühungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, der ZWST und des Zentralrats bezüglich der Umsetzung einer Härtefallfondsregelung für die jüdischen Zugewanderten. *Schuster* hob zwar hervor, dass eine Lösung noch nie so nah gewesen sei, mahnte im Zuge dessen aber an, dass die Zeit für eine tatsächliche Umsetzung dränge und die Ungeduld wachse.

Wie schon in der ersten Podiumsrunde angedeutet, liegen die Gründe für dieses Problem in der Nicht-Anerkennung von Abschlüssen (sei es akademisch oder dual) und den fehlenden zwischenstaatlichen Verträgen bezüglich bereits erbrachter Sozialleistungen in der ehemaligen Sowjetunion.

Im anschließenden Podiumsgespräch kam die Frage auf, ob Deutschland es sich überhaupt leisten könne, auch im Zuge des Ukraine Konfliktes, auf die vielen qualifizierten Arbeitskräfte zu verzichten. Nach Ansicht von *Schmachtenberg* könne Deutschland dies nicht, tue es aber dennoch. „Das berufliche Anerkennungswesen in Deutschland ist eher ein Abwehrwesen, als ein Anerkennungswesen“, bemängelte *Schmachtenberg*. Seiner Einschätzung nach stammen die darin beinhalteten Regelungen aus einer Zeit der hohen Massenarbeitslosigkeit, die heute nicht mehr vorhanden sei. Ganz im Gegenteil gäbe es einen Arbeitskräftemangel in Deutschland.

Ein weiteres Gesprächsthema war die daraus resultierende Altersarmut, die einen Großteil der jüdischen Zugewanderten betrifft. *Schmachtenberg* sah die Gründe hierfür in einem stark erwerbsorientierten Sozialsystem, welches sehr zergliedert sei. *Schuster* widersprach dem. Seiner Meinung nach habe die Politik das Vorhandensein von (Alters-)Armut lange Zeit negiert. Vor allem Zugewanderte die im Alter von Anfang 60 nach Deutschland gekommen seien, sind einzig und allein von der Grundsicherung abhängig, erklärte *Alina Fejgin*. In ihrer Arbeit im Sozialreferat der jüdischen Gemeinde Hannover, sei dieses Problem allgegenwärtig. Dabei sei nicht nur die ältere Generation der

Zugewanderten betroffen, sondern auch Jüdinnen und Juden die im Alter von ca. 40 Jahren nach Deutschland immigrierten, erzählte *Fejgin*. In Deutschland reichen die erbrachten Sozialleistungen der letzten 15 Arbeitsjahre nicht aus, um ohne Grundsicherung würdevoll im Alter leben zu können.

Ein diesbezüglicher Kompromiss könnte der sogenannte Härtefallfonds sein. Eine einmalige Ausgleichzahlung, die neben jüdischen Zugewanderten u.a. auch „DDR-Renterinnen und -Rentner“ zukünftig zur Verfügung stehen soll. Den Vorwurf aus dem Publikum, dass der Bund die Länder in die Finanzierung dieses Fonds aufgenommen habe, obwohl diese nicht zahlen wollen und so die generelle Auszahlung des gesamten Fonds zum Stillstand kommen würde, wies *Schmachtenberg* entschieden zurück. Er sieht die Länder hier in klarer Mitverantwortung, da sie nach dem Grundgesetz nach wie vor für die Daseinsvorsorge zuständig seien. Er erinnerte daran, dass es sich hierbei um eine gesamtstaatliche Verantwortung handele, weshalb man eine gesamtstaatliche Finanzierung erwarten könne, da die Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz 1991 zudem auch selbst entschieden hätten jüdische Kontingentflüchtlinge aufzunehmen.

Die **dritte und letzte Podiumsrunde** rückte die **Perspektive der jungen zweiten Generation** der jüdischen Kontingentflüchtlinge in den Fokus. Zusammen mit Moderatorin **Shelly Kupferberg** beleuchteten die **Podiumsgäste Anna Staroselski**, Präsidentin der jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) und **Jan Feldman**, Künstler und Fotograf, **ein Leben zwischen Familientradition und persönlicher Zukunft**.

Zu Beginn drehte sich das Gespräch vor allem um die Prägung der zweiten Generation durch die Einwanderungsgeschichte der Elterngeneration. Sowohl *Feldman* als auch *Staroselski* gaben an sich selbst nicht mit der Einwanderungsgeschichte ihrer Eltern zu identifizieren. Trotzdem sei dieses Thema nach wie vor in beiden Familien präsent. „Es fand bestimmt eine gewisse Prägung statt [...], sie ist jedoch kein Teil von mir“, erzählte *Feldman*.

Anschließend sprachen die Podiumsgäste über die Beweggründe ausgerechnet nach Deutschland zu ziehen – in das Land der Täter. Während viele Jüdinnen und Juden aufgrund des steigenden Antisemitismus aus der ehemaligen Sowjetunion flohen, erhofften sich die Eltern von *Jan Feldman* vor allem bessere Bildungschancen für ihre Kinder. *Staroselski* zeigte zudem auf, dass es nicht unbedingt ein Widerspruch sein müsse, als Jüdin oder Jude Deutschland zu ihrer/seiner Wahlheimat zu machen. „Insbesondere in Deutschland muss es nachhaltiges jüdisches Leben geben, gerade aufgrund der deutschen Geschichte muss man sicherstellen, dass jüdisches Leben prosperiert und dass es vielfältig ist [...] um klar zu zeigen, dass

Antisemitismus niemals gewinnen wird“, so *Staroselski*. Sie ergänzte, dass Deutschland, von den Schrecken der Shoa abgesehen, viel jüdische Geschichte beherberge und eine extrem wichtige Rolle für die Entwicklung des Judentums gespielt habe. Gerade aufgrund dieser komplexen und wichtigen Geschichte fände sie es sehr bestärkend, als Jüdin in Deutschland zu leben.

Ein weiteres Gesprächsthema drehte sich um die Repräsentation des „Jüdisch seins“ beider Podiumsgäste. Sowohl *Staroselski* als auch *Feldman* sei es ein besonderes Anliegen jüdisches Leben öffentlich und vor allem in seiner Vielfältigkeit zu vertreten. Beide sprachen darüber, dass aufgrund der antisemitischen Erfahrungen der Elterngeneration in der UdSSR, viele jüdische Kinder ihren Glauben mit etwas Negativem assoziieren könnten. Dabei sei es ein elementarer Bestandteil des eigenen Lebens und daher umso wichtiger, stolz darauf zu sein und dies auch ohne Scheu offen zu zeigen, erklärte *Feldman*. Es sei wichtig auch junges jüdisches Leben in Deutschland zu präsentieren, auch um den bekannten Klischees des alten Mannes mit Kippa, etwas entgegen zu setzen, ergänzte *Staroselski*. Beide sehen sich hier in einer Vorbildfunktion für die kommende jüdische Generation.

Im Publikum wurde daran anschließend gefragt, ob die erste und zweite Generation jüdischer Zugewanderter ihren Glauben unterschiedlich auslebten. *Feldman* antwortete, dass die jüngere Generation auf gutem Wege sei viel besser und offener mit ihrer Identität und ihrem Glauben umzugehen als die erste Generation. Auch wenn sein Vater kaum antisemitische Erfahrungen in Usbekistan gemacht habe, sei er in Deutschland immer sehr verhalten damit umgegangen. Das sehe bei ihm selbst anders aus, so *Feldman*. Auch *Staroselski* ist der Meinung, dass die jüngere Generation sich eher als festen Bestandteil der Gesellschaft sehe und vielleicht auch deshalb keine Scheu habe viel offener mit ihrer jüdischen Identität umzugehen. Gründe für diese Differenz sehe sie im Zugehörigkeitsgefühl und in den Erfahrungen ihrer Elterngeneration. Viele Angehörige der ersten Generation hätten Ausgrenzungserfahrungen gemacht, ob in der UdSSR aufgrund ihres Glaubens oder in Deutschland aufgrund ihres Status‘ als „Nicht-Deutsche“. Richtig dazu gehörten sie eigentlich nie, weshalb es ein Appell an die Gesellschaft sein müsse, alles zu tun, um zumindest der nachfolgenden Generation die öffentliche Ausübung ihrer jüdischen Identität zu ermöglichen.